



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 43. Ratssitzung vom 29. März 2023

1613. 2022/303

**Weisung vom 06.07.2022:**

**Volksinitiative «Stadtgrün», Antrag auf Teilungültigkeit, Ablehnung, Gegen-  
vorschlag und Rahmenkredit**

Antrag des Stadtrats

A. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

Folgende Bestimmungen der Volksinitiative «Stadtgrün» werden als ungültig erklärt:

Art. 151<sup>ter</sup> Organe:

<sup>4</sup> ... ; namentlich Liegenschaften Stadt Zürich, das Gesundheits- und Umweltdepartement, das Tiefbauamt, Grün Stadt Zürich sowie das Amt für Hochbauten delegieren je mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Geschäftsleitung.

Art. 151<sup>quinquies</sup> Finanzierung:

<sup>1</sup> Zur Erfüllung ihres unter Art. 14<sup>bis</sup> definierten Zwecks erhält die Stiftung von der Stadt finanzielle, nicht rückzahlbare Beiträge in Höhe von mindestens einem Prozent der jährlichen Steuereinnahmen der Stadt.

<sup>2</sup> ... ausserdem ... .

Im Übrigen ist die Initiative gültig.

B. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Die Volksinitiative «Stadtgrün» vom 12. März 2021 wird abgelehnt.
2. Als direkter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Stadtgrün» vom 12. März 2021 wird folgende Änderung der Gemeindeordnung vom 13. Juni 2021 (AS 101.100) beschlossen:

Art. 14a Stadtklima

<sup>1</sup> Die Stadt setzt sich für ein verbessertes Stadtklima ein.

<sup>2</sup> Sie fördert zu diesem Zweck die Begrünung auf öffentlichen sowie privaten Grundstücken und an Bauten in der Stadt.

<sup>3</sup> Sie berücksichtigt dabei hohe Ansprüche an die ökologische Wertigkeit und Energieeffizienz ihrer Massnahmen und fokussiert insbesondere auf:

- a. die stärkere Begrünung der Stadt ohne Pestizide;
- b. die Verbesserung der Wasserkreisläufe und den qualitativen Gewässerschutz;
- c. die Verbesserung der Luftqualität;
- d. die Verbesserung der akustischen Qualität;
- e. die Förderung der Biodiversität;
- f. die Erschliessung geeigneter Flächen (einschliesslich Dachflächen) für Mensch und Natur;
- g. die Entsiegelung von Flächen für eine lebendigere Bodenfauna und bessere Wasser-  
versickerung.



2 / 15

- 3.1 Es wird ein Rahmenkredit zur Verbesserung des Stadtklimas, Umsetzung hitzemindernder Massnahmen und Stärkung der Beratung von Privatpersonen in der Stadt Zürich von 83 Millionen Franken bis 2035 bewilligt.
- a. Programm 1: Hitzemindernde Massnahmen auf städtischen Grünflächen und Plätzen sowie in Strassenräumen
  - b. Programm 2: Beratung und Förderung hitzemindernder Massnahmen bei privaten Eigentümerschaften
  - c. Programm 3: Förderung hitzemindernder Massnahmen für Eigenwirtschaftsbetriebe von Liegenschaften Stadt Zürich
  - d. Programm 4: Forschungs- und Pilotprojekte im Bereich hitzemindernder Massnahmen
- 3.2 Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
- 3.3 Der Rahmenkredit steht unter dem Vorbehalt, dass die Volksinitiative «Stadtgrün» von den Stimmberechtigten abgelehnt wird.
- C. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:
1. Die Motion, GR Nr. 2019/332, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 10. Juli 2019 betreffend Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen wird als erledigt abgeschlossen.
  2. Die Motion, GR Nr. 2019/414, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 25. September 2019 betreffend Rahmenkredit für eine zusätzliche Pflanzung von Laubbäumen, Sträuchern und Hecken mit grossem Grünvolumen wird als erledigt abgeschlossen.
  3. Das Postulat, GR Nr. 2019/26, der Grüne-Fraktion vom 23. Januar 2019 betreffend Umsetzung der Selbstbindung der öffentlichen Hand gemäss Art. 2<sup>octies</sup> der Gemeindeordnung (GO) bei allen Hoch- und Tiefbauten und in den Prozessen der Stadt wird als erledigt abgeschlossen.
  4. Das Postulat, GR Nr. 2019/27, der Grüne-Fraktion vom 23. Januar 2019 betreffend bessere Einbindung von Grün Stadt Zürich (GSZ) in die Bau- und Projektierungsprozesse im Hoch- und Tiefbaubereich wird als erledigt abgeschlossen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin Dispositivpunkte A, B1, C2–C4 / Kommissionsmehrheit Dispositivpunkt B2:

**Carla Reinhard (GLP):** *Die Themen Begrünung und Hitzeminderung beschäftigen uns momentan stark im Gemeinderat. Auch Personen ausserhalb der Ratsmauern nutzen ihre Instrumente und zeigen mit den Stadtgrün- oder Gute Luft-Initiativen, dass das Anliegen einer grüneren, aber auch kühleren Stadt weit oben auf der Agenda steht. Am 12. März 2022 wurde die Volksinitiative «Stadtgrün» eingereicht, die die Gemeindeordnung um zwei Artikel ergänzen will: Erstens soll festgehalten werden, dass sich die Stadt*



durch die Förderung der Begrünung auf öffentlichen und privaten Grundstücken und auch stadteigenen Bauten für ein verbessertes Stadtklima einsetzt. Zweitens soll zur Umsetzung eine Stiftung gegründet werden, die jährlich mit einem Steuerprozent finanziert werden soll. Der Stadtrat hat diese Initiative geprüft und zwei Bestimmungen für ungültig erklärt: einerseits die Vorgabe der Initiative, je eine Vertreterin oder einen Vertreter der Departemente in die Geschäftsleitung der Stiftung zu entsenden. Diese Vorgabe ist laut Stadtrat rechtlich nicht mit dem Grundsatz seiner Organisationsautonomie vereinbar. Andererseits erklärt der Stadtrat den Ansatz der Finanzierung für ungültig, da die Initiative ein Prozent der Steuergelder unbefristet binden will. Eine solche Zweckbindung widerspricht unter anderem dem kantonalen Recht. Der Stadtrat lehnt die Initiative ab und präsentiert mit dieser Weisung einen direkten Gegenvorschlag zum Programmartikel und einen Rahmenkredit in der Höhe von 83 Millionen Franken als indirekten Gegenvorschlag zur geforderten Stiftung. Der direkte Gegenvorschlag soll mit zwei Unterschieden zur Initiative die Verankerung zur Grünraumförderung in der Gemeindeordnung fordern: Anstelle von «Reduzierung der Lärmbelastung» soll «Verbesserung der akustischen Qualität» in der Gemeindeordnung verankert werden, da der Lärmschutz auf Bundesebene geregelt wird. Ebenfalls soll die Formulierung «qualitativer Gewässerschutz» mit «Verbesserung von Wasserkreisläufen» ergänzt werden. Der indirekte Gegenvorschlag kommt in Form eines Rahmenkredits, der die vorgeschlagenen Aktivitäten der Stiftung abdeckt, sie aber verwaltungsintern umsetzen will. So können Doppelspurigkeiten vermieden werden. Das will der Stadtrat mit vier Programmen zur Hitzeminderung und Klimaverbesserung umsetzen: Programm 1 behandelt hitzemindernde Massnahmen auf städtischen Grünflächen, Plätzen und Strassenräumen. Programm 2 beinhaltet die Beratung und Förderung von hitzemindernden Massnahmen bei privaten Eigentümerschaften. Programm 3 dreht sich um die Förderung von hitzemindernden Massnahmen für Eigenwirtschaftsbetriebe von Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ). Programm 4 behandelt Forschungs- und Pilotprojekte im Bereich hitzemindernde Massnahmen. Die Umsetzung soll analog zum Netto-Null-Ziel der Stadtverwaltung bis ins Jahr 2035 geschehen. Für die Umsetzung dieser vier Programme müssen laut Stadtrat 17,4 Vollzeitäquivalente geschaffen werden, die ab dem Jahr 2026 jährliche Folgekosten von 2,6 Millionen Franken verursachen. Zum Schluss beantragt der Stadtrat die Abschreibung von vier Vorstössen, da diese mehrheitlich dieselben Ziele wie die vorgeschlagenen Programme verfolgen. Ich spreche nun im Namen der Kommissionsmehrheit zu den Anträgen. Zunächst zur vom Stadtrat beantragten Teilungültigkeit, der Dispositivziffer A: Es ist anzunehmen, dass die Unterzeichnenden die Initiative auch mit den nun vorgesehenen Drittmitteln, die die Stiftung ebenfalls hätte nutzen können, unterstützt hätten, denn der wesentliche Inhalt der Initiative – die Förderung des Grünraums – wird abgebildet. Deswegen stimmt die vorbereitende Kommission dem Antrag auf Teilungültigkeit einstimmig zu. Zur Dispositivziffer B: Die gesamte vorberatende Kommission lehnt wie der Stadtrat die Initiative ab. Die Kommissionsmehrheit unterstützt aber die Anliegen des Initiativkomitees und ist mit ihm einig, dass Handlungsbedarf besteht und das Tempo erhöht werden muss. Bei der geforderten Stiftung werden Doppelspurigkeiten befürchtet, weshalb eine verwaltungsinterne Lösung zielführender erscheint. Die Dispositivziffer B2 betrifft den direkten Gegenvorschlag: Die Kommissionsmehrheit unterstützt die vom Stadtrat vorgeschlagene Verankerung der Stadtklimaverbesserung in der Gemeindeordnung mit den beiden Anpassungen. Die Verankerung in der Verfassung schafft die nötige Verbindlichkeit. Die



gesamte Kommission befürwortet die Abschreibung der Vorstösse GR Nr. 2019/214, GR Nr. 2019/26 und GR Nr. 2019/27 und somit die Dispositivziffern C2 bis C4. Die Vorstösse verfolgen die gleichen Ziele wie die Weisung.

Kommissionsminderheit Dispositivpunkt B2:

**Johann Widmer (SVP):** Die SVP lehnt Dispositivziffer B2 ab, da sie sowohl die Initiative als auch alle Gegenvorschläge ablehnt. Es soll ein Rahmenkredit von 83 bis 130 Millionen Franken für hitzemindernde Massnahmen geschaffen werden. Grundsätzlich sind Vorschläge, das Stadtklima auf diese Weise zu verbessern, der Ausdruck eines weit verbreiteten Klimawahns. Die Massnahmen nutzen kaum und sind kostenintensiv. Berater und Forscher werden für unsinnige und schädliche Forschungsfragen und Beratungsdienstleistungen bezahlt. Das alles für maximal 20 Tage, in denen es in Zürich endlich ein bisschen wärmer wird. Die Sache ist so viel Geld nicht wert. Der Klimawahn konnte in der Bevölkerung bereits so stark Fuss fassen, dass sich kaum jemand traut, sich gegen die Vorhaben auszusprechen. Das schürt die Schweigespirale weiter. Es sind nicht das Klima und ein paar warme Tage im Sommer, sondern der Klimawahn und seine Auswüchse, die unseren Wohlstand und unsere Freiheit bedrohen. Die Gemeindeordnung soll geändert werden: «Die Stadt setzt sich für ein verbessertes Stadtklima ein». Das Klima kann nicht beeinflusst werden, auch nicht durch viel Geld. Zweitens: «Sie fördert zu diesem Zweck die Begrünung auf öffentlichen sowie privaten Grundstücken und Bauten». Das mag schön aussehen, aber dann empfehle ich winterharte immergrüne Pflanzen, die an 340 Tagen des Jahres den hier herrschenden sibirischen Temperaturen standhalten können. «Sie berücksichtigt hierbei hohe Ansprüche an die ökologische Wertigkeit und Energieeffizienz ihrer Massnahmen und fokussiert insbesondere auf» diverse Punkte, die von einer Häufung von Schlagworten und Kosten geprägt sind. Zum letzten Punkt, der «Entsiegelung von Flächen für eine lebendigere Bodenfauna und bessere Wasserversickerung»: Da könnte man bei den Veloautobahnen beginnen, so wird das Entsiegelungsziel auf einen Schlag erreicht. Da alles unspezifisch bleibt, klingt es gut, ist aber wirkungslos. Das Klima wird trotzdem stattfinden.

Weitere Wortmeldungen:

**Sebastian Vogel (FDP):** Johann Widmer (SVP) sprach für die Kommissionsminderheit, aber wir sind nicht mit allem einig. Vorstoss um Vorstoss wird mit dem Ziel eingereicht, die Lebensqualität in unserer Stadt gerade in den heissen Sommermonaten zu verbessern. Der FDP ist die Problematik bewusst, die Vorstösse erfolgen aber meistens von GLP, SP, AL und den Grünen. Das Verhältnis zur Regierung scheint in diesem Thema schlecht gestellt, was uns bei den herrschenden Mehrheiten erstaunt. Wir sehen grosse, hausgemachte Städtmängel in Zürich, die in den letzten 30 Jahren entstanden – speziell auch beim Thema verbesserte Luftqualität. Für die eingereichte Initiative «Grünstadt» haben wir grosse Sympathien und sehen durchaus Möglichkeiten, mit neuen Wegen eine effizientere und bessere Wirkung zu erzielen. Wir haben lang diskutiert, ob wir die Initiative unterstützen möchten, aber haben uns aus zwei Gründen dagegen entschieden: Erstens, da die Finanzierung nicht sauber geregelt ist, und zweitens, weil wir am Grundsatz festhalten wollen, dass typische städtische Aufgaben in der Stadtverwaltung



*bleiben und nicht von einer Stiftung ausgeführt werden sollen. Mit dem städtischen Gegenvorschlag sollen Teile der Initiative aufgegriffen und mit der Zeit nachgebessert werden. Es stört uns, dass wir Gelder sprechen müssen, um Fehler derselben Regierungsmehrheit aus der Vergangenheit zu korrigieren. Die Bevölkerung darum der brütenden Sommerhitze auszusetzen, kommt für uns nicht infrage. In der Beratung informierte uns Grün Stadt Zürich (GSZ) ehrlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht alle Kosten beziffert werden können, aber man mit 83 Millionen Franken bis ins Jahr 2035 gut arbeiten könne. Auch in organisatorischen Fragen blieb einiges offen. Sicher ist aber, dass mit dem Gegenvorschlag mehrere Vorstösse abgeschrieben werden können, was vorteilhaft ist. So gibt es mehr Klarheit und planerische Sicherheit. Die FDP unterstützt den städtischen Gegenvorschlag mit dem vorgesehenen Budget.*

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** *Auch wir haben uns viele Gedanken gemacht und unterstützen die Grundsätze des Anliegens. Mit der Herangehensweise tun wir uns aber schwer. Es besteht das Risiko, dass die Initiative angenommen wird. Darum müssen wir einen sinnvollen Gegenvorschlag erarbeiten. Für uns ist wichtig, dass besonders die Privaten unterstützt werden. Die Schwierigkeit ist aber, dass sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag städtische Themen beinhalten. Das ist eine Mischfinanzierung, die nicht klar und transparent ist. Deswegen haben wir Vorbehalte. Den Änderungsvorschlag der AL, der auf Private fokussiert, unterstützen wir, aber er war nicht mehrheitsfähig. Andere von uns angedachte Vorschläge wären nicht mehrheitsfähig gewesen. Es geht hier um hohe Beträge, bei denen man nicht genau weiss, was dahintersteckt. Der Stadtrat meinte, dass er mit 83 Millionen Franken gut arbeiten kann. Trotzdem haben wir uns entschieden, die Erhöhung auf 130 Millionen Franken zu unterstützen, damit gegen aussen ein Zeichen zur Entsigelung und Hitzeminderung gesetzt wird.*

**Barbara Wiesmann (SP):** *Die SP teilt die Anliegen der Initiantinnen und Initianten. Das Stadtklima muss verbessert werden. Tropennächte und Hitzewellen nehmen zu, was grosse Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Hitzewellen und einzelne Hitzetage verursachen sowohl eine Zunahme der Notfallspitaleintritte als auch der Sterblichkeit. Tropennächte stellen besonders für ältere Menschen ein Gesundheitsrisiko dar, da die nächtliche Erholung durch die fehlende Abkühlung beeinträchtigt wird. Wir befürworten entschieden, dass dem mit mehr Begrünung, besseren Wasserkreisläufen, weniger Schadstoffen in der Luft und Entsiegelung entgegengetreten wird. Es macht Sinn, dass zusätzlich zum bestehenden Programm Vertikalbegrünungsmassnahmen ergriffen werden. Die Meinung des Stadtrats, dass eine Stiftung für diesen Zweck zu mehr Koordinationsaufwand und Doppelspurigkeiten führen würde, teilen wir. Der Mehrwert einer Stiftung ist nicht ersichtlich. Zudem teilen wir die Argumentation des Stadtrats, dass die von der Initiative vorgesehene Finanzierung rechtlich nicht zulässig ist. Der Teilungültigkeit der Initiative stimmen wir zu. Mit dem indirekten und direkten Gegenvorschlag ist das Ziel des verbesserten Stadtklimas besser erreichbar. Der Rahmenkredit ermöglicht, dass auf öffentlichem und privatem Raum schnell und unkompliziert Massnahmen ergriffen werden können. Im Gegensatz zur Initiative ist der Kredit bis ins Jahr 2035 beschränkt, was Sinn macht, da bis dahin auf den städtischen Grundstücken die Anpassungen bezüglich Begrünung hoffentlich bereits bestehen und Bestandteil der neuen Planungen sind. Für Pri-*



vate wird auf kantonaler Ebene gerade das Planungs- und Baugesetz (PBG) zur klimangepassten Siedlungsentwicklung angepasst, wo hoffentlich verpflichtende Elemente zum Grünraum hinzugefügt werden. Schliesslich unterstützen wir es, wenn die Forschung unterstützt wird und im Rahmen von Pilotprojekten neue Möglichkeiten zur Stadtklimaverbesserung ausprobiert werden. Alles in allem unterstützt die SP den direkten und indirekten Gegenvorschlag und lehnt die Initiative ab.

**Carla Reinhard (GLP):** Ich hoffe, dass wir am Ende der Beratung der Redaktionskommission einen direkten und indirekten Gegenvorschlag verabschieden können, die das absolut berechtigte Anliegen der Initiantinnen und Initianten verwaltungsintern aufnehmen. Die geforderte Grünraumförderung soll mit den zwei Änderungen in die Gemeindeordnung aufgenommen werden. Als GLP-Angehörige war es mir ein grosses Anliegen, einen Gegenvorschlag mit einer breiten Allianz auszuarbeiten. Daher muss ich Johann Widmer (SVP) widersprechen: Das ist keine Lösung, die nur Links-Grün betrifft, sondern sie ist bis in die Mitte abgestützt. Das ist erfreulich. Damit das Anliegen wirklich einen «Impact» hat, braucht es genügend Budget für eine flächendeckende Begrünung. Die GLP kann die Zweifel nachvollziehen, ob das Tempo verwaltungsintern hoch genug sein und ob genügend mit externen Akteuren zusammengearbeitet werden wird. Lange wurde das Thema übersehen und die Verwaltung blockiert sich noch mit zu viel Koordination zwischen allen involvierten Ämtern. Darum müssen die Strukturen kritisch hinterfragt werden. Trotzdem können wir nicht alle essentiellen Anliegen in eine Stiftung auslagern, sondern müssen die Verwaltung so reformieren, dass sie die Anliegen der Bevölkerung effizient ausführen kann. Sonst wird eine bessere, parallele Kernstruktur aufgebaut, während die Verwaltung mit ihren Aufgaben kämpft. Zweitens möchte ich die Bemühungen von GSZ erwähnen. Vor Kurzem wurden der Kommission die Fachplanungen Hitzeminderung und Begrünung vorgestellt; es wurde klar, dass die Forderung der Temposteigerung angekommen ist. Für diese braucht es alle Stadträtinnen und Stadträte, die ihre Prozesse bei Verbesserungspotential anpassen. Zuletzt darf es nicht sein, dass hundert verschiedene Kleinmassnahmen umgesetzt werden. Wir streben ein grosses Aufwand-Nutzen-Verhältnis an, darum müssen die Anstrengungen kanalisiert verlaufen.

**Dominik Waser (Grüne):** Wichtig für uns ist, dass wir mit dieser Vorlage einen massiven Schritt mit erhöhtem Tempo machen, sodass hochwertige und naturnahe Flächen entstehen. Das braucht diese Stadt in grosser Zahl. Mit dem erhöhten Betrag sollte genug Budget vorhanden sein. Falls es in den nächsten Jahren mehr brauchen würde und die Umsetzung positiv voranschreitet, sind wir bereit, zu gegebenem Zeitpunkt mehr zu sprechen. Auf Johann Widmers (SVP) Aussage, dass es wenige Tage seien, die ein wenig wärmer werden, möchte ich antworten, dass es im Jahr 2022 bei älteren Menschen eine Übersterblichkeit wegen der Hitze gab. Diese Folgen sind nicht zu verharmlosen, da sie viele Menschen dieser Stadt betreffen. Bis die Wirkung der heutigen Vorlage eintritt, dauert es Jahre. Den Betrag von 130 Millionen Franken wollten wir erhöhen, doch wir sind froh, dass wir uns auf einen breit abgestützten Kompromiss einigen konnten. Mit den Gegenvorschlägen kommen wir schneller zum Ziel, doch die Verwaltung muss ihre Arbeit optimieren. Es ist gut, dass die Initiative einen Zeitrahmen von 12 Jahren hat. So wird die Vorlage wirksam sein.



7 / 15

**Andreas Kirstein (AL):** *Es ist tatsächlich so, dass es gerade ziemlich viele Vorstösse inner- und ausserhalb des Rats zu diesem Thema gibt. Das geschieht in einer Demokratie. Die Initiative stammt von einem Bevölkerungsteil und die Bevölkerung stimmt über sie ab. Was mich wundert, ist, dass die SVP die verheerenden Folgen des Klimawandels eigentlich nicht mehr abstreitet und doch erweckte das Votum von Johann Widmer (SVP) diesen Anschein. Es ist für die Stadt schwierig, die diversen Vorstösse zu einer wirksamen Massnahme umzusetzen und das ist das Entscheidende. In einer Demokratie muss man den Willen des Volkes hinnehmen, auch wenn man anderer Ansicht ist. Zum Betrag muss gesagt werden, dass nicht ganz klar ist, welche Massnahmen darin enthalten sind. Es geht darum, die Mittel effizient einzusetzen, an einem Strick zu ziehen und departementale Grenzen zu überwinden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** *Hier wird eine Initiative abgelehnt, deren Inhalt befürwortet und mit zwei Gegenvorschlägen ergänzt wird. Vieles, das dieses Anliegen fordert, passiert bereits heute in der Stadt: Hitzeminderung wird betrieben und ausgebaut. Im Zentrum steht also nicht das Was oder Warum, sondern das Wie. Die Kommission hat sich intensiv mit dem Geschäft befasst und ich bitte Sie, den Anträgen der Mehrheit zu folgen. Hitzeminderung ist enorm wichtig und wird ernst genommen. Die Stadt soll durch wirksame Massnahmen grüner und resistenter gegen hohe Temperaturen gemacht werden – für alle Menschen und Tiere. Das bereitgestellte Budget werden wir in gegebener Höhe versuchen auszuschöpfen. Da es aber viel Geld ist, bitte ich Sie nachsichtig zu sein, wenn nicht das ganze Budget ausgeschöpft werden kann.*

#### Antrag 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Carla Reinhard (GLP):** *Mit dem Änderungsantrag 1 zur Dispositivziffer B3.1 beantragt eine breite Kommissionsmehrheit bestehend aus SP, GLP, AL, Grüne und Die Mitte eine Erhöhung des Rahmenkredits von 83 Millionen Franken auf 130 Millionen Franken. Den vom Stadtrat vorgeschlagenen Betrag erachten wir als zu tief, um eine flächendeckende Wirkung zu erzielen. Bei 83 Millionen Franken werden für das Programm 1 mit den Expressmassnahmen nur 3 Millionen Franken pro Jahr für die ganze Stadtfläche ausgegeben, was zu wenig ist. Die Höhe des Kredits wurde ausführlich diskutiert, insbesondere die Finanzierung des Programms 2, das die Beratung zu und Förderung von hitzemindernden Massnahmen bei privaten Eigentümerschaften beinhaltet. Der Äusserung, dass nicht ganz klar sei, was mit dem erhöhten Betrag geschehen soll, möchte ich entgegenhalten, dass mit dem zusätzlichen Geld gerade Private erreicht werden können. Das erachten wir als sehr wichtigen Hebel, wenn das Optimierungspotential ausgeschöpft werden soll. Das wurde auch vom Initiativkomitee betont. Um eine wirkliche Veränderung zu erzielen, dürfen wir uns nicht auf städtisches Eigentum beschränken – es müssen mög-*



*lichst viele motivierte Private mitgezogen werden. Das ist mit einer Erhöhung des Rahmenkredits besser möglich, auch wenn das nicht zu einer unendlichen Wirkungsverbesserung führen wird, da externe Faktoren wie Fachkräftemangel auch eine Rolle spielen.*

**Sebastian Vogel (FDP):** *Diese 83 Millionen Franken basieren nicht auf Fakten, sondern eher auf Annahmen. Natürlich kann zusätzliches Geld ausgeschüttet werden, doch es geht an Effizienz verloren. Die Erhöhung auf 130 Millionen Franken ist nicht faktenbasiert, sondern erfolgt von der politischen Mehrheit. Lehnen Sie die Erhöhung ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dominik Waser (Grüne):** *Momentan wird zu wenig Geld für die Hitzeminderung ausgegeben, was das aktuelle Bild der Stadt zeigt. Wenn der Betrag von 83 Millionen Franken auf die einzelnen Jahre heruntergebrochen wird, bleiben lediglich 7 Millionen Franken für die ganze Stadtfläche übrig. Das ist nicht übermässig viel, wenn von städtischen und privaten Flächen gesprochen wird. Wenn der Wille da ist, kann dieses Geld gut umgesetzt werden. Natürlich muss darauf geachtet werden, was wie sinnvoll umgesetzt wird, aber das Ziel ist klar. Es braucht mehr Visionen, was mit dieser Stadt gemacht werden kann. Das heute Diskutierte stellt etwas positives für alle Bewohner und Besucher dar, da wir die städtische Lebensqualität erhöhen.*

**Johann Widmer (SVP):** *Normalerweise wird das Budget anhand eines konkreten Projekts eingestellt. Hier verläuft der Prozess umgekehrt, was unsinnig ist, da alle Beträge eingefordert werden können – ich fordere eine Erhöhung des Budgets auf 250 Millionen Franken. Es braucht keine Visionen, sondern konkrete Projekte mit Preisschildern.*

**Dominik Waser (Grüne):** *Es sind durchaus Projekte da, die geplant werden können. Für einige lohnt es sich erst zu planen, wenn man weiss, dass es Fördergelder dafür gibt.*

**Johann Widmer (SVP):** *Was ich fordere, ist eine konkrete Liste, worin alle Projekte und deren Kosten, Dauer, Umfang und Bevölkerungsnutzen aufgeführt sind.*

Änderungsantrag 1 zu Dispositivpunkt B3.1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts B3.1:

B3.1 Es wird ein Rahmenkredit zur Verbesserung des Stadtklimas, Umsetzung hitzemindernder Massnahmen und Stärkung der Beratung von Privatpersonen in der Stadt Zürich von 83130 Millionen Franken bis 2035 bewilligt.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.



9 / 15

Mehrheit: Carla Reinhard (GLP), Referentin; Vizepräsident Beat Oberholzer (GLP), Dr. Florian Blättler (SP) i. V. von Ursina Merkler (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Patrick Tscherrig (SP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Sebastian Vogel (FDP), Referent; Präsident Johann Widmer (SVP), Jehuda Spielman (FDP)

Johann Widmer (SVP) beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts B3.1:

B3.1 Es wird ein Rahmenkredit zur Verbesserung des Stadtklimas, Umsetzung hitzemindernder Massnahmen und Stärkung der Beratung von Privatpersonen in der Stadt Zürich von 83250 Millionen Franken bis 2035 bewilligt.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit	(83 000 000)	33 Stimmen
Antrag Mehrheit	(130 000 000)	85 Stimmen
Antrag Johann Widmer (SVP)	(250 000 000)	<u>1 Stimme</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

## Antrag 2

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Andreas Kirstein (AL):** Gerade sprachen wir über die Höhe des Rahmenkredits, nun geht es um dessen Aufteilung. Im Vorstoss befinden sich verschiedene Programme, wobei sich zwei davon an Private und zwei direkt und indirekt an die städtische Verwaltung wenden. Ich spreche zu beiden Streichungsanträgen, wobei wir denjenigen zu Programm 3, also B3.1 Punkt C zurückziehen. Die AL vertritt die Ansicht, dass bei Aufgaben, die der Stadt unmittelbar anheimgestellt sind, nicht mit dem Instrument des Rahmenkredits gearbeitet werden soll. Bei stadtinternen Angelegenheiten ist das unnötig. Wenn das Klimaziel und die Hitzeminderung tatsächlich ein Kernziel der Stadt darstellen, sind die entsprechenden Gelder in die jeweiligen Budgets bedarfsgerecht einzustellen und im normalen Budgetprozess zu beantragen. In der Kommissionsberatung habe ich verstanden, dass der Stadtrat meinte, er könne die verschiedenen Departemente, die an der Hitzeminderung beteiligt sind, nur mit einem Rahmenkredit koordinieren. Da frage ich mich, wie die Stadt finanzrechtlich organisiert und ob eine Verwaltungsreform nötig ist. Wenn für jede interdepartementale Aufgabe Rahmenkredite gesprochen werden müssen, können wir direkt zu Globalkrediten übergehen. Das ist nicht im Sinn der AL. Den



10 / 15

*Streichungsantrag 3 der Minderheit 1 ziehen wir zurück, da die Fraktion meint, dass der gleichgerichtete Änderungsantrag der Grünen dann nicht unterstützt werden könnte.*

**Carla Reinhard (GLP):** *Die Kommissionsmehrheit lehnt den Änderungsantrag und somit die Streichung des Programms 1 aus dem Dispositivpunkt ab. Wir erachten es als sinnvoll, die Finanzierung in einem Rahmenkredit zu bündeln, auch, um einen griffigen Gegenvorschlag sicherzustellen. Es herrscht eine spezielle Situation, in der einer bereits existierenden Initiative ein attraktiver Gegenvorschlag entgegengebracht werden muss. Die vierjährige Berichterstattung stellt sicher, dass der Gemeinderat über den Fortschritt dieser Programme und den Einsatz des Rahmenkredits informiert bleibt.*

Änderungsantrag 2 zu Dispositivpunkt B3.1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Streichung des Dispositivpunkts B3.1, Buchstabe a, Programm 1 (Die Nummerierung der Programme wird gemäss Ratsbeschluss angepasst).

Mehrheit: Carla Reinhard (GLP), Referentin; Präsident Johann Widmer (SVP), Vizepräsident Beat Oberholzer (GLP), Dr. Florian Blättler (SP) i. V. von Ursina Merkler (SP), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)  
Minderheit: Andreas Kirstein (AL), Referent; Benedikt Gerth (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Anträge 3 und 4

Kommissionsmehrheit:

**Dominik Waser (Grüne):** *Es geht um die Erweiterung des Programms 3, sodass Gelder für bestehende und neue Bauten verwendet werden können. Das war bisher nicht vorgesehen. Es gibt zwei bestehende Programme für Privatpersonen. Das Programm 3 für Eigenwirtschaftsbetriebe von LSZ ist im Gegenvorschlag nur für Neubauten gedacht. Das wollen wir nicht, da es sinnvoller ist, das Geld auch für bestehende Bauten einzusetzen.*

Kommissionsminderheit 2:

**Johann Widmer (SVP):** *Das ist keine sinnvolle Änderung und wird von uns abgelehnt.*



11 / 15

### Änderungsanträge 3–4 zu Dispositivpunkt B3.1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts B3.1, Buchstabe c, Programm 3:

- c. Programm 3: Förderung hitzemindernder Massnahmen für Eigenwirtschaftsbetriebe von Liegenschaften Stadt Zürich, wobei bestehende und neue Bauten berücksichtigt werden.

Die Minderheit 1 der SK TED/DIB beantragt Streichung des Dispositivpunkts B3.1, Buchstabe c, Programm 3 (Die Nummerierung der Programme wird gemäss Ratsbeschluss angepasst).

Die Minderheit 2 der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

- Mehrheit: Dominik Waser (Grüne), Referent; Vizepräsident Beat Oberholzer (GLP), Dr. Florian Blättler (SP) i. V. von Ursina Merkle (SP), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Carla Reinhard (GLP), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Barbara Wiesmann (SP)
- Minderheit 1: Andreas Kirstein (AL), Referent; Benedikt Gerth (Die Mitte)
- Minderheit 2: Präsident Johann Widmer (SVP), Referent

Andreas Kirstein (AL) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

### Antrag 5

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Carla Reinhard (GLP):** Kurz möchte ich den ursprünglichen Antrag begründen. Die Koordination zwischen den vielen involvierten Stellen ist ein Kernthema des Anliegens. Die Initiative verlangte hierfür ein Kompetenzzentrum, das für die Umsetzung und Vernetzung mit wichtigen Akteuren und Akteurinnen zuständig ist; ein Grundgedanke, den die Kommissionsmehrheit begrüsst. Allerdings funktioniert die Idee einer externen Organisation nur in der Theorie, auch wenn sie gut klingt. Es müsste dafür komplexes Wissen aufgebaut werden oder für alle Abklärungen müssten Verwaltungsmitarbeitende zu Rate gezogen werden. Der Koordinationsaufwand wäre sehr hoch und käme einer hinderlichen Parallelstruktur gleich. In der Stiftung müssten trotzdem alle involvierten Ämter vertreten sein, wodurch sie als unerwünscht behördennah wahrgenommen werden könnte. Um trotzdem klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und den unnötigen Koordinationsaufwand zu vermeiden, befürwortet die Kommissionsmehrheit ein Kompetenzzentrum in Form einer verwaltungsinternen Fachstelle. Das Ziel ist es, eine zentrale Stelle für die Umsetzung dieses wichtigen und grossen Rahmenkredits mit Vertreterinnen und Vertretern aller involvierten Ämter zu schaffen. Mit einer dezentralen Organisation verzetteln



12 / 15

*sich die Ämter und zu viele Ressourcen gehen verloren. Die Fachstelle soll das verhindern und eine zentrale, organisierte Vernetzung mit externen Akteuren ermöglichen. Die wenigen zusätzlichen Ressourcen, die für die Realisierung einer solchen Fachstelle nötig sind, erachtet die Kommissionsmehrheit als gute Investition, um das Aufwand-Nutzen-Verhältnis des Rahmenkredits zu verbessern. Nach dem Abschluss der Kommissionsberatung teilte uns die Verwaltung mit, dass der Antrag rechtlich nicht gültig ist, da er in die Organisationshoheit des Stadtrats eingreift. Im Namen der Kommissionsmehrheit ziehe ich den Antrag zurück und stelle im Namen der GLP einen neuen Antrag: «Der Stadtrat stellt bei der Umsetzung des Rahmenkredits die überdepartementale Koordination mit geeigneten Massnahmen sicher». Der Antrag ist stellvertretend für unseren ursprünglichen Antrag zu verstehen. Klare Verantwortlichkeiten, kurze Wege und eine einfache Vernetzung mit Externen sind weiterhin Teil unserer Forderungen.*

**Johann Widmer (SVP):** *Der neue Antrag ist juristische Kosmetik. Das ist bezeichnend für die linke Politik, die oft operatives Chaos anrichtet. Mit mehr Beamten wird das Chaos grösser, darum lehnen wir das ab.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Stellung:

**STR Simone Brander:** *Der ursprüngliche Antrag der GLP forderte, dass der Stadtrat für das Anliegen eine Fachstelle einrichtet. Das will der Stadtrat genauso und wird das umsetzen. Das kann er nur in eigener Kompetenz. In der Kommission legten wir dar, dass wir 1,6 Stellenprozente für diese Fachstelle brauchen, das einplanen und in der Abstimmungszeitung ausweisen. Auch wenn dieses Anliegen hier nicht explizit eingefordert werden kann, verspreche ich Ihnen, dass der Stadtrat das so umsetzen wird.*

Änderungsantrag 5, neuer Dispositivpunkt B3.3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgenden neuen Dispositivpunkt B3.3 (Die Nummerierung der Dispositivpunkte wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

B3.3 Eine neu zu schaffende Fachstelle Stadtgrün ist für die Umsetzung der Programme aus dem Rahmenkredit zuständig und stellt die überdepartementale Koordination sicher.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Carla Reinhard (GLP), Referentin; Vizepräsident Beat Oberholzer (GLP), Dr. Florian Blättler (SP) i. V. von Ursina Merkler (SP), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit:	Benedikt Gerth (Die Mitte), Referent; Präsident Johann Widmer (SVP), Andreas Kirstein (AL)



13 / 15

Carla Reinhard (GLP) zieht namens der Mehrheit den Antrag zurück und beantragt namens der GLP-Fraktion folgenden neuen Dispositivpunkt B3.3 (Die Nummerierung der Dispositivpunkte wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

B3.3 Der Stadtrat stellt bei der Umsetzung des Rahmenkredits die überdepartementale Koordination mit geeigneten Massnahmen sicher.

Der Rat stimmt dem Antrag von Carla Reinhard (GLP) mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 6

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Carla Reinhard (GLP):** Die Kommissionsmehrheit befürwortet die Aufnahme der Information über den Fortschritt der Programmumsetzung in den Statusbericht zu den Hitzeminderungsmaßnahmen. Dieser Bericht erscheint alle vier Jahre. Damit nimmt die Mehrheit die Forderung des Initiativkomitees für einen jährlichen Bericht auf, aber aus Effizienzgründen mittels Aufnahme in ein bestehendes Berichtsformat. Damit soll über den Fortschritt dieses hohen Rahmenkredits informiert werden, ohne dass ein Überfluss an Berichten entsteht.

**Johann Widmer (SVP):** Da ein Bericht mehr gemacht werden soll, der beinhaltet wird, dass aufgrund des Chaos nichts gemacht werden konnte, lehnen wir den Antrag ab.

Änderungsantrag 6, neuer Dispositivpunkt B3.5

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgenden neuen Dispositivpunkt B3.5 (Die Nummerierung der Dispositivpunkte wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

B3.5 Der Stadtrat informiert im Rahmen des vierjährigen Statusberichts zu den Hitzeminderungsmaßnahmen über den Fortschritt der Programme 1–4.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Carla Reinhard (GLP), Referentin; Vizepräsident Beat Oberholzer (GLP), Dr. Florian Blättler (SP) i. V. von Ursina Merkle (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Präsident Johann Widmer (SVP), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



14 / 15

### Antrag zu C1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dominik Waser (Grüne):** Die Kommissionsmehrheit beantragt, dass die Motion GR Nr. 2019/332 nicht abgeschrieben wird.

**Sebastian Vogel (FDP):** Spätestens mit der Annahme dieses städtischen Gegenvorschlags verfügt die Stadt über genug finanzielle Instrumente und Mittel, um die Vorgaben dieser Motion zu erfüllen. Darum soll die Motion abgeschrieben werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Simone Brander:** Der Stadtrat beschloss heute, dass er hinter dem Gegenvorschlag stehen wird, den der Gemeinderat mit der Kommissionsmehrheit beschliesst.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt C1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts C1:

C1 Die Motion, GR Nr. 2019/332, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 10. Juli 2019 betreffend Einplanung eines sogenannten «Grünkredits» bei städtischen Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen für ökologisch wertvolle Umgebungsplanungen wird ~~als erledigt~~ nicht abgeschrieben. Dem Stadtrat wird gemäss Art. 131 Abs. 2 GeschO GR eine Nachfrist von 12 Monaten zur Umsetzung der Motion, GR Nr. 2019/332, eingeräumt.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dominik Waser (Grüne), Referent; Vizepräsident Beat Oberholzer (GLP), Dr. Florian Blättler (SP) i. V. von Ursina Merkle (SP), Niyazi Erdem (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Carla Reinhard (GLP), Patrick Tscherrig (SP), Barbara Wiesmann (SP)  
Minderheit: Sebastian Vogel (FDP), Referent; Präsident Johann Widmer (SVP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Andreas Kirstein (AL), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.



15 / 15

Damit ist beschlossen:

Der neue Art. 14a der Gemeindeordnung vom 13. Juni 2021 (AS 101.100) ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Art. 14a Stadtklima

<sup>1</sup> Die Stadt setzt sich für ein verbessertes Stadtklima ein.

<sup>2</sup> Sie fördert zu diesem Zweck die Begrünung auf öffentlichen sowie privaten Grundstücken und an Bauten in der Stadt.

<sup>3</sup> Sie berücksichtigt dabei hohe Ansprüche an die ökologische Wertigkeit und Energieeffizienz ihrer Massnahmen und fokussiert insbesondere auf:

- a. die stärkere Begrünung der Stadt ohne Pestizide;
- b. die Verbesserung der Wasserkreisläufe und den qualitativen Gewässerschutz;
- c. die Verbesserung der Luftqualität;
- d. die Verbesserung der akustischen Qualität;
- e. die Förderung der Biodiversität;
- f. die Erschliessung geeigneter Flächen (einschliesslich Dachflächen) für Mensch und Natur;
- g. die Entsiegelung von Flächen für eine lebendigere Bodenfauna und bessere Wasserversickerung.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat